



**Geschäftsbericht 2021**

## Das Wichtigste auf einen Blick

	2021	2020	Differenz	
			absolut	in %
<b>Versichertenbestand per 31.12.</b>				
Anwärter	44.171	43.547	624	1,4
Rentner	2.616	2.480	136	5,5
<b>Kennzahlen zum Kapitalanlageergebnis in %</b>				
Bruttoverzinsung	2,74	2,91	-0,16	-5,5
Nettoverzinsung	2,62	2,78	-0,16	-5,8
<b>Bilanzkennzahlen per 31.12. in T€</b>				
Bilanzsumme	141.602	132.816	8.786	6,6
- davon Kapitalanlagen	136.917	125.102	11.815	9,4
- davon Eigenkapital	5.660	4.493	1.167	26,0
<b>Ertragskennzahlen in T€</b>				
Verdiente Beiträge	5.391	5.323	68	1,3
Ergebnis aus Kapitalanlagen	3.431	3.348	83	2,5
Aufwendungen für Versicherungsfälle	2.621	2.303	318	13,8
Zuführung zur Deckungsrückstellung	4.516	5.732	-1.216	-21,2
<b>Jahresüberschuss in T€</b>	<b>1.167</b>	<b>63</b>	<b>1.104</b>	<b>&gt; 100,0</b>

## Inhalt

1. Lagebericht	3
1.1 Grundlagen zur Zusatzversorgungskasse	3
1.2 Wirtschaftsbericht	4
- Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	4
- Geschäftsverlauf	4
- Beitrag	5
- Entwicklung des Bestandes	6
- Nachhaltigkeit im Sinne der Offenlegungsverordnung	6
- Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen	6
- Struktur des Bestandes	7
1.3 Lage der Zusatzversorgungskasse	8
- Ertragslage	8
- Vermögens- und Finanzlage	10
1.4 Prognose-, Chancen- und Risikobericht	11
2. Jahresbilanz	14
3. Gewinn- und Verlustrechnung	16
4. Anhang	19
5. Organe	35
6. Erklärung des Vorstandes	40
7. Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers	41
8. Bericht des Aufsichtsrates	44



## 1. Lagebericht

### 1.1 Grundlagen zur Zusatzversorgungskasse

Die Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG ist eine von den Tarifvertragsparteien des Gerüstbauer-Handwerks geschaffene gemeinsame Einrichtung:

**Bundesverband Gerüstbau e.V.**  
**Rösrather Straße 645**  
**51107 Köln**



**Industriegewerkschaft**  
**Bauen-Agrar-Umwelt**  
**Olof-Palme-Straße 19**  
**60439 Frankfurt am Main**



Die Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG ist ein kleinerer Versicherungsverein im Sinne des § 210 VAG und wurde am 12. Mai 1981 gegründet. Am 26. November 1981 hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Bonn, der Gesellschaft die Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb erteilt. Der Geschäftssitz befindet sich in Wiesbaden.

Sie ist eine überbetriebliche Pensionskasse und gewährt Arbeitnehmern des Gerüstbauer-Handwerks nach Eintritt des Versicherungsfalles Beihilfen zu den gesetzlichen Renten sowie einmalige Hinterbliebenenbeihilfen.

Der Geschäftsbereich erstreckt sich auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. Versicherungsgeschäfte gegen feste Entgelte nach § 177 Abs. 2 des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) hat die Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG nicht betrieben. Rückversicherung ist weder genommen noch gegeben worden.

## 1.2 Wirtschaftsbericht

### Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das Statistische Bundesamt vermeldet für das Jahr 2021 ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes um 2,7 %. Die deutsche Wirtschaft konnte sich trotz des anhaltenden Pandemiegeschehens leicht erholen. Das Wachstum wurde von nahezu allen Wirtschaftsbereichen getragen.

Lediglich im Baugewerbe, in dem die Corona-Pandemie im Jahr 2020 keine sichtbaren Spuren hinterlassen hatte, ging die Wirtschaftsleistung preisbereinigt um 0,4 % zurück. Materialengpässe und fehlende Fachkräfte verhinderten ein weiteres Wachstum.

Am Arbeitsmarkt lag die Anzahl der Erwerbstätigen mit durchschnittlich 44,9 Millionen Beschäftigten knapp über dem Vorjahresniveau. Dabei gab es pandemiebedingte Verschiebungen: Im Bereich der öffentlichen Dienstleister, Erziehung und Gesundheit gab es Beschäftigungsgewinne von 2,2 %, ebenso im Bereich Information und Kommunikation (+ 2,4 %), und im Baugewerbe (+ 1,2 %). In Handel, Verkehr und Gastgewerbe gab es einen Beschäftigungsrückgang (- 1,8 %). Die Anzahl der Selbstständigen und geringfügig Beschäftigten nahm weiter ab.

### Geschäftsverlauf

Das Gerüstbauer-Handwerk hat sich im Geschäftsjahr gut behauptet. Die Nachfrage der Bauwirtschaft nach Gerüstbaudienstleistungen war gut. Der Wohnungsbau war dabei der wesentliche Treiber, hinter dem Bautätigkeiten von Unternehmen und vor allem im öffentlichen Sektor etwas zurückfielen. Im Bereich des Industrierüstbaus gab es eine verhaltene Nachfrage.

Die von inländischen Betrieben gemeldeten Bruttolohnsummen gewerblicher Arbeitnehmer stiegen im Geschäftsjahr 2021 um 3,8 % auf 765,8 Mio. €. Die Anzahl der gemeldeten gewerblichen Arbeitnehmer erhöhte sich nur leicht um 0,4 %. Das Wachstum der Lohnsummen ist damit im Wesentlichen auf Lohnsteigerungen zurückzuführen. Die Zahl der kaufmännisch/technischen Angestellten er-

höhte sich um 5,1 % auf 7.809. Damit entspricht die Entwicklung der Lohnsummen den Erwartungen, während die Arbeitnehmerzahlen sich etwas besser entwickelten als prognostiziert.

Die Beitragseinnahmen der Zusatzversorgungskasse sind im Jahr 2021 moderat gewachsen. Vor der Zuführung zur Rückstellung für den Beitragsausgleich stiegen diese gegenüber dem Vorjahr um 3,6 % auf 7.054 T€ und liegen damit etwas über der Vorjahresplanung.

Teile der Beitragseinnahmen sind satzungsgemäß der Rückstellung für den Beitragsausgleich zuzuführen. Dort wird die Differenz zwischen dem von den Betrieben nach dem Verfahrenstarifvertrag erhobenen Beitrag und dem versicherungstechnischen Beitrag eingestellt bzw. entnommen. Durch die positive Beschäftigungs- und Lohnentwicklung wurde der Rückstellung saldiert ein Betrag in Höhe von 1.663 T€ zugeführt (Vorjahr 1.485 T€). Nach dieser Zuführung verblieb der in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene verdiente Beitrag in Höhe von 5.391 T€. Dies entspricht einer Steigerung von 1,3 % gegenüber dem Vorjahr.

Im Jahr 2021 entwickelten sich die Finanzmärkte trotz der anhaltenden Corona-Pandemie positiv. Die wirtschaftliche Entwicklung führte im Verlauf des Jahres zu einer Erholung an den Aktienmärkten, obwohl es Lieferengpässe im globalen Warenaustausch gab. Die Niedrigzinsphase hielt, gestützt durch Maßnahmen der Europäischen Zentralbank, die damit konjunkturelle Impulse setzte, weiterhin an.

Die Zusatzversorgungskasse verfolgte weiterhin die Strategie, die Diversifikation der Kapitalanlage durch Investitionen in alternative Anlageklassen wie Infrastruktur oder Immobilien zu erhöhen. Insgesamt konnten die Erträge aus Kapitalanlagen um 93 T€ auf 3.587 T€ erhöht werden. Dazu trugen besonders die um 78 T€ auf 162 T€ erhöhten Ausschüttungen aus den Immobilienfonds bei. Zudem stiegen die Ausschüttungen aus Aktien- und Rentenfonds um 51 T€ auf 180 T€ bzw. um 57 T€ auf 110 T€.

Aus dem Abgang von Kapitalanlagen konnten außerordentliche Erträge in Höhe von 262 T€

(Vorjahr 194 T€) erzielt werden. Maßgeblichen Anteil hatte der Verkauf eines Mischfonds, der von der Kapitalanlagegesellschaft abgewickelt wurde. Bei diesem lag der Marktwert zum Verkaufszeitpunkt 249 T€ über den Anschaffungskosten.

Das Volumen der Kapitalanlagen erhöhte sich von 125,1 Mio. € zum Jahresbeginn auf 136,9 Mio. € zum 31. Dezember 2021.

Die Aufwendungen für die Kapitalanlagen stiegen leicht von 146 T€ auf 156 T€. Erfreulicherweise waren im Jahr 2021 – wie bereits im Vorjahr – keine Abschreibungen auf Kapitalanlagen erforderlich. Nach Abzug der Aufwendungen konnte ein Kapitalanlageergebnis in Höhe von 3.431 T€ erzielt werden, das 2,5 % über dem Vorjahr liegt. Die Nettoverzinsung aller Kapitalanlagen betrug 2,62 % (Vorjahr 2,78 %).

Die Aufwendungen für Leistungen an Beihilfempfänger einschließlich der darauf entfallenden Verwaltungsaufwendungen haben sich deutlicher als erwartet um 13,8 % auf 2.621 T€ erhöht. Der erhöhte Aufwand ist vor allem darauf zurückzuführen, dass in den Geschäftsjahren 2020 und 2021 Versicherte angeschrieben wurden, die im Rentenalter sind, aber noch keinen Antrag auf Rentenbeihilfe gestellt haben. Die Bearbeitung der daraus folgenden Anträge auf Rentenbeihilfe erfolgte überwiegend im Jahr 2021. Die für diese Maßnahme gebildete Schadenrückstellung war zu niedrig, sodass sich ein Abwicklungsverlust in Höhe von 159 T€ ergab, der die Aufwendungen für Versicherungsfälle im Geschäftsjahr erhöhte. Im Vorjahr konnte noch ein entlastender Ertrag aus der Auflösung der Schadenrückstellung in Höhe von 265 T€ erzielt werden.

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb haben sich mit 197 T€ (Vorjahr 194 T€) nur geringfügig und damit geringer als erwartet erhöht.

Die Tarifvertragsparteien im Gerüstbauer-Handwerk, der Bundesverband Gerüstbau e.V. und die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, haben am 1. September 2021 Tarifverträge abgeschlossen, die ab dem 1. Januar 2022 eine Erhöhung des Beitrages für die Zusatzversorgung vorsehen. Der Beitrag für die gewerblichen Arbeitnehmer steigt

von 0,8 % auf 1,2 % der Bruttolohnsumme und der Beitrag der kaufmännischen oder technischen Arbeitnehmer von 11,00 € auf 20,00 € für jeden vollen Beschäftigungsmonat.

Mit dieser Beitragsanhebung wird die Finanzierungsgrundlage der Zusatzversorgungskasse deutlich verbessert. Der erhöhte Beitrag wird in dem veränderten Technischen Geschäftsplan berücksichtigt, auf dessen Grundlage der Verantwortliche Aktuar die Deckungsrückstellung zum 31. Dezember 2021 kalkuliert hat. Mit der Neufassung sollte insbesondere der Rechnungszins von 2,85 % deutlich abgesenkt werden, da diese Kapitalanlageerträge im anhaltenden Niedrigzinsumfeld nicht dauerhaft erzielt werden kann.

Für die Zuführung zur Deckungsrückstellung wurden im Geschäftsjahr 4.516 T€ aufgewendet. Um die Senkung des Rechnungszinses zu finanzieren, wurden zudem 4.000 T€, die in der Deckungsrückstellung pauschal für Rechnungszinssenkungen reserviert waren, eingesetzt. Mit diesen Maßnahmen konnte der Rechnungszins von 2,85 % auf 1,144 % abgesenkt werden. Diese Renditeanforderung kann auch langfristig erfüllt werden, sodass sich die Sicherheit der Leistungsversprechen gegenüber den Versicherten erheblich erhöht hat.

Der Jahresüberschuss aus dem Geschäftsjahr 2021 beträgt 1.167 T€ (Vorjahr 63 T€). Dieser Betrag wurde der Verlustrücklage gemäß § 193 VAG zugeführt. Diese hat nun eine Höhe von 5.660 T€ bzw. von 4,97 % der Deckungsrückstellung.

Zusammenfassend ist der Verlauf des Geschäftsjahres 2021 unter den gegebenen Rahmenbedingungen sowie die wirtschaftliche Lage der Zusatzversorgungskasse als positiv zu bezeichnen. Dies gilt unverändert auch unter Berücksichtigung der Erkenntnisse vom Ende des Berichtszeitraumes bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses.

Im Geschäftsjahr waren durchschnittlich vier Angestellte beschäftigt.

## Beitrag

Die Beiträge werden gemäß Dienstleistungsvertrag von der Sozialkasse des Gerüstbaugewerbes, Wiesbaden, eingezogen. Die Beitragseinnahmen der Zusatzversorgungskasse ergeben sich aus 0,8 % der Bruttolohnsumme der gewerblichen Arbeitnehmer sowie aus 11,00 € monatlich für jeden kaufmännischen oder technischen Angestellten.

Im Geschäftsjahr 2021 wurden 107 Beihilfeberechtigte mit Anspruch auf eine monatliche Rentenbeihilfe von 9,20 € oder weniger durch Zahlung eines Einmalbetrages abgefunden (Vorjahr 81). Die durchschnittliche Abfindung aller bislang abgefundenen Rentner betrug 918,44 €. Im Bestand der Beihilfeberechtigten sind die abgefundenen Rentner nicht enthalten.

## Entwicklung des Bestandes

Der Bestand der Beihilfeberechtigten der Zusatzversorgungskasse ist von 2.480 im Vorjahr auf 2.616 zum 31. Dezember 2021 gestiegen. Der Unterschied von 136 Beihilfeberechtigten ergibt sich aus Zugängen von 261 (Vorjahr 233), von Abgängen aufgrund von Todesfällen von 120 (Vorjahr 118), Abläufen von zeitlich befristeten Beihilfen von drei (Vorjahr 0) und von zwei Abfindungen laufender Beihilfen (Vorjahr 0).

Von allen Beihilfeberechtigten waren 2.192 Männer und 424 Frauen.

## Nachhaltigkeit im Sinne der Offenlegungsverordnung

Die Rentenbeihilfe und die Hinterbliebenenbeihilfe sind Finanzprodukte im Sinne der Offenlegungsverordnung, fallen aber nicht unter Artikel 8 Abs. 1 oder Artikel 9 Abs. 1, 2 oder 3 der Verordnung. Die der Renten- und Hinterbliebenenbeihilfe zugrundeliegenden Investitionen berücksichtigen nicht die Kriterien der Europäischen Union für nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten.

## Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne sonstige Versicherungen) im Geschäftsjahr 2021

	Anwärter		Invaliden- und Altersrentner		
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Summe der Jahresrenten <sup>1</sup>
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	in €
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	39.675	3.872	2.088	392	1.884.239
II. Zugang während des Geschäftsjahres					
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	7.616	732	213	45	193.161
2. Gesamter Zugang	7.616	732	213	45	193.161
III. Abgang während des Geschäftsjahres					
1. Tod	0	0	107	13	93.376
2. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	7.198	526	2	0	0
3. Gesamter Abgang	7.198	526	109	13	93.376
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	40.093	4.078	2.192	424	1.984.024

<sup>1</sup> Betrag, der sich als zukünftige Dauerverpflichtung (entsprechend der Deckungsrückstellung) ergibt

## Struktur des Bestandes

Zum 31. Dezember 2021 ergaben sich folgende Beihilfehöhen:

### Leistungsempfänger der Zusatzversorgung

	Monatlicher Betrag der Beihilfen in €	2021 Summe	Davon gewerbliche Arbeitnehmer	Angestellte	2020 Summe
Vollbeihilfe	86,92	411	247	164	395
	77,72	707	491	216	680
	69,02	754	520	234	707
	56,24	282	194	88	264
<b>Summe Vollbeihilfe</b>		<b>2.154</b>	<b>1.452</b>	<b>702</b>	<b>2.046</b>
Teilbeihilfe	70,05	4	0	4	4
	62,38	6	1	5	5
	39,37	9	0	9	9
	34,77	42	6	36	36
	13,80	169	87	82	144
	9,20	193	119	74	199
	< 9,20	39	19	20	37
<b>Summe Teilbeihilfe</b>		<b>462</b>	<b>232</b>	<b>230</b>	<b>434</b>
<b>Anzahl Gesamt</b>		<b>2.616</b>	<b>1.684</b>	<b>932</b>	<b>2.480</b>

Eine Beihilfe wird zu einer Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung oder der gesetzlichen Unfallversicherung gewährt, sofern eine Erwerbsminderung von mindestens 50 % eintritt. Nach diesen Rentenarten ergibt sich folgende Verteilung:

### Verteilung nach Rentenart

	31.12.2021		31.12.2020	
	Personen	in %	Personen	in %
Altersruhegeld	1.954	74,7	1.811	73,0
Berufs- bzw. Erwerbsunfähigkeit	638	24,4	647	26,1
Unfall	24	0,9	22	0,9
<b>Summe</b>	<b>2.616</b>	<b>100,0</b>	<b>2.480</b>	<b>100,0</b>

### 1.3 Lage der Zusatzversorgungskasse

#### Ertragslage

Die Ertragslage der Zusatzversorgungskasse stellt sich anhand eines Auszuges aus der Gewinn- und Verlustrechnung wie folgt dar:

	2021 in €	2020 in €	Veränderung in € in %	
Verdiente Beiträge	5.390.625,89	5.322.537,47	68.088,42	1,3
Ergebnis aus Kapitalanlagen	3.430.780,94	3.347.668,54	83.112,40	2,5
Sonstige Erträge	5.342,58	4.580,52	762,06	16,6
<b>Zwischenergebnis I</b>	<b>8.826.749,41</b>	<b>8.674.786,53</b>	151.962,88	1,8
Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen	4.515.849,00	5.732.288,00	-1.216.439,00	-21,2
Aufwendungen für Versicherungsfälle	2.620.550,95	2.302.779,39	317.771,56	13,8
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	196.756,73	193.973,12	2.783,61	1,4
Sonstige Aufwendungen	327.033,65	383.069,00	-56.035,35	-14,6
<b>Zwischenergebnis II</b>	<b>7.660.190,33</b>	<b>8.612.109,51</b>	-951.919,18	-11,1
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>1.166.559,08</b>	<b>62.677,02</b>	1.103.882,06	> 100,0
Einstellung in die Verlustrücklage gemäß § 193 VAG	1.166.559,08	62.677,02	1.103.882,06	> 100,0
<b>Bilanzgewinn</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	0,00	-

Die verdienten Beiträge sind insgesamt um 68 T€ bzw. 1,3 % auf 5.390 T€ angestiegen.

Die Erträge aus Kapitalanlagen sind um 2,7 % auf 3.587 T€ gestiegen. Das Kapitalanlageportfolio wurde weiter diversifiziert. Im Jahr 2021 investierte die Zusatzversorgungskasse insbesondere in Immobilien- und Kreditfonds, Infrastrukturbeteiligungen sowie in Aktien- und Rentenfonds. Die erhöhten Anteile dieser Anlageklassen am Kapitalanlageportfolio haben dazu beigetragen, die Kapitalanlageerträge zu stabilisieren.

Die einzelnen Anlageklassen haben sehr unterschiedlich zum Ergebnis beigetragen: Die Erträge aus festverzinslichen Wertpapieren (Inhaberschuldverschreibungen, Schuld-scheindarlehen und Namensschuldverschrei-bungen) sind durch Abläufe von höher ver-zinslichen Wertpapieren und die niedrigere Verzinsung für Neu- und Wiederanlagen ge-genüber dem Vorjahr erwartungsgemäß um 153 T€ auf 2.577 T€ gesunken. Die Erträge aus den Immobilienfonds stiegen aufgrund des höheren Anlagevolumens um 78 T€ auf 163 T€. Die Erträge aus den Aktienfonds ha-ben sich um 51 T€ auf 180 T€ erhöht, da Un-ternehmen sich trotz anhaltender Corona-Pandemie wirtschaftlich erholten und Dividen-denausschüttungen erhöhten. Die Ausschüt-tungen aus den Infrastrukturbeteiligungen sanken hingegen um 25 T€ auf 171 T€.

Aus dem Abgang von Kapitalanlagen konnten Kursgewinne in Höhe von 262 T€ (Vorjahr 194 T€) erzielt werden. Maßgeblichen Anteil hatte der Verkauf eines Mischfonds, der von der Kapitalanlagegesellschaft abgewickelt wurde. Bei diesem lag der Marktwert zum Ver-kaufszeitpunkt 249 T€ über den Anschaf-fungskosten.

Die Aufwendungen für Kapitalanlagen erhöh-ten sich leicht von 146 T€ auf 156 T€. Erfreu-licherweise waren im Jahr 2021 wie im Vor-jahr keine Abschreibungen auf Kapitalanla-gen erforderlich.

Nach Abzug der den Kapitalanlagen zuzu-rechnenden Aufwendungen konnte ein Kapi-talanlageergebnis in Höhe von 3.431 T€ er-zielt werden, das 2,5 % über dem Vorjahr liegt. Die Nettoverzinsung aller Kapitalanla-gen beträgt 2,62 % (Vorjahr 2,78 %).

Innerhalb der Aufwendungen sind die Zufüh-rungen zu den versicherungstechnischen Rückstellungen die mit Abstand größte Posi-tion. Diese umfasste im Geschäfts-jahr 2021 4.516 T€ (Vorjahr 5.732 T€) und betrifft die Zuführung zur Deckungsrückstel-lung.

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle stiegen im Vorjahresvergleich um 318 T€ auf 2.621 T€.

Die Aufwendungen für den Versicherungsbe-trieb sind mit 197 T€ (Vorjahr 194 T€) nahezu

unverändert.

Der Jahresüberschuss in Höhe von 1.167 T€ (Vorjahr 63 T€) wird wie geplant der Verlust-rücklage gemäß § 193 VAG zugeführt.

## Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögens- und Finanzlage der Zusatzversorgungskasse stellt sich anhand eines Auszuges aus der Bilanz wie folgt dar:

	31.12.2021 in €	31.12.2020 in €	Veränderung in € in %	
<b>Aktiva</b>				
Wertpapiere	136.416.734,47	124.602.071,57	11.814.662,90	9,5
Guthaben bei Kreditinstituten	3.318.833,41	6.384.547,79	-3.065.714,38	-48,0
Abgegrenzte Zinsen und Mieten	1.442.884,67	1.575.611,43	-132.726,76	-8,4
Sonstige Aktiva	424.036,21	253.489,69	170.546,52	67,3
<b>Summe Aktiva</b>	<b>141.602.488,76</b>	<b>132.815.720,48</b>	8.786.768,28	6,6
<b>Passiva</b>				
Eigenkapital	5.659.788,23	4.493.229,15	1.166.559,08	26,0
Versicherungstechnische Rückstellungen	120.987.837,41	116.708.988,41	4.278.849,00	3,7
Sonstige Passiva	14.954.863,12	11.613.502,92	3.341.360,20	28,8
<b>Summe Passiva</b>	<b>141.602.488,76</b>	<b>132.815.720,48</b>	8.786.768,28	6,6

Die Summe der Wertpapiere erhöhte sich um 11.815 T€ auf 136.417 T€. Im Zuge der Liquiditätssteuerung reduzierte sich der Bestand der Guthaben bei Banken um 3.066 T€ auf 3.319 T€.

Der Teilbestand der direkt gehaltenen festverzinslichen Wertpapiere wurde um 1.295 T€ auf 98.399 T€ ausgebaut. Darunter befinden sich auch Nachranganleihen von Emittenten guter Bonität in Höhe von 18.955 T€. Der Anteil der direkt gehaltenen Wertpapiere an den gesamten Kapitalanlagen sank dadurch von 77,9 % auf 72,1 %.

Der Bestand an Aktienfonds erhöhte sich im Jahr 2021 um 1.160 T€ auf 7.681 T€. Dies entspricht zum Bilanzstichtag einem Anteil am Kapitalanlagebestand von 5,6 % nach 5,2 % im Vorjahr. In Immobilienfonds wurden weitere 7.026 T€ investiert, sodass der Gesamtwert 12.765 T€ beträgt. Dies ergibt einen Anteil an den Kapitalanlagen von 9,3 % (Vorjahr 4,6 %). Um 2.921 T€ ausgebaut wurden Anlagen in Fonds, die Kredite an Unternehmen vergeben. Deren Anteil an den gesamten Ka-

pitalanlagen beträgt nunmehr 2,3 %. In Infrastrukturbeteiligungen wurden zusätzlich 1.233 T€ investiert. Infrastrukturbeteiligungen haben damit einen Anteil von 4,5 % am Kapitalanlageportfolio.

Die Differenz zwischen dem in der Bilanz ausgewiesenen Buchwert und dem Marktwert des Bestandes der gesamten Kapitalanlagen beträgt 8.953 T€ (Vorjahr 10.543 T€). Diese Reduzierung ist im Wesentlichen auf die festverzinslichen Wertpapiere zurückzuführen, deren Bewertungsreserven um 3.549 T€ auf 6.200 T€ gesunken sind. Wesentliche Ursache ist, dass der Kapitalmarktzins, wenngleich auf niedrigem Niveau, zum Bilanzstichtag gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen ist. Die Bewertungsreserven der Investmentfonds, insbesondere der Aktienfonds, sind durch das höhere Kursniveau zum Bilanzstichtag um 1.959 T€ auf 2.753 T€ angestiegen.

Der Ist-Wert des Sicherungsvermögens beträgt am 31. Dezember 2021 131.307 T€. Es übersteigt die durch Kapitalanlagen zu bedeckenden versicherungstechnischen Rück-

stellungen sowie Verbindlichkeiten gegenüber den Versicherungsnehmern um 13,2 % (Vorjahr 9,3 %).

Für die Kalkulation der Deckungsrückstellung wurde ein veränderter Technischer Geschäftsplan verwendet, der einen Rechnungszins von 1,144 % verwendet (Vorjahr 2,85 %). Die Deckungsrückstellung stieg um 4.516 T€ auf 113.872 T€.

In den Sonstigen Passiva sind nicht-versicherungstechnische Rückstellungen und Verbindlichkeiten enthalten. Die deutliche Erhöhung um 3.341 T€ auf 14.955 T€ ist auf zwei Effekte zurückzuführen: Zum einen erhöhte sich die Rückstellung für den Beitragsausgleich um 1.664 T€. Zum anderen sind die Verbindlichkeiten gegenüber der Sozialkasse des Gerüstbaugewerbes, Wiesbaden, im Vergleich zum Vorjahr um 1.493 T€ gestiegen. Dabei handelt es sich um einen Liquiditätsausgleich zum Bilanzstichtag.

Die Verlustrücklage gemäß § 193 VAG umfasst nach der Zuführung des Jahresüberschusses in Höhe von 1.167 T€ nunmehr 5.660 T€. Das Verhältnis der Verlustrücklage zur Deckungsrückstellung beträgt 4,97 % und liegt somit nur geringfügig unter den satzungsgemäß mindestens vorgesehenen 5,0 % (Vorjahr 4,1 %).

Die versicherungsaufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen werden von der Zusatzversorgungskasse übererfüllt. Die Soll-Solvabilität ist durch Eigenmittel der Zusatzversorgungskasse in Höhe von 176,89 % gedeckt.

Insgesamt ist die Vermögenslage der Zusatzversorgungskasse als unverändert solide zu bezeichnen.

#### **1.4 Prognose-, Chancen- und Risikobricht**

Die Entwicklung des Gerüstbauer-Handwerks wird im Jahr 2022 voraussichtlich von zwei wesentlichen Entwicklungen geprägt sein. Den Auswirkungen der Corona-Pandemie und den Impulsen aus dem mit dem Koalitionsvertrag vereinbarten Programm der im Herbst 2021 neu gebildeten Bundesregierung.

Im Hinblick auf die Auswirkungen der Pandemie ist die allgemeine Prognose, dass der negative Einfluss auf die Weltwirtschaft im Verlauf des Jahres 2022 überwunden sein sollte.

Die neue Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag ambitionierte Ziele für den Wohnungsbau formuliert. Für die Bauwirtschaft wurde ein eigenes Ministerium geschaffen. Ob dieses Ziel erreicht werden kann, wird nach Auffassung des Bundesverbandes Gerüstbau e.V. davon abhängen, wie Rahmenbedingungen gestaltet werden, etwa im Hinblick auf Entbürokratisierung von Genehmigungsprozessen oder die Standardisierung des Bauens. Zudem ist entscheidend, ob die Bauwirtschaft und auch der Gerüstbau die Personalkapazitäten ausweiten kann. Dies wird sich vor allem für inländische Gerüstbaubetriebe schwierig darstellen, da die Fachkräftesituation nach wie vor angespannt ist.

Aus dem Bereich des Wirtschaftsbaus (Produktionsstätten, Verwaltungsgebäude, Lagerhallen) und im öffentlichen Bau, der sich im Jahr 2021 etwas rückläufig entwickelt hat, sind hingegen keine positiven Impulse zu erwarten. Gleiches gilt für den Industrieerüstbau, bei dem eine stabile Entwicklung zu erwarten ist.

Insgesamt prognostiziert der Bundesverband Gerüstbau e.V. für das Jahr 2022 ein Umsatzwachstum gegenüber dem Vorjahr. Dieses wird durch die wachsende Nachfrage nach Gerüstbauleistungen und steigende Kosten bedingt. Bei den Sachkosten werden sich steigende Preise für Stahl auswirken, die die Beschaffung von Gerüstmaterial verteuert. Bei den Personalkosten wird der bereits abgeschlossene Lohn- sowie Mindestlohnvertrag zu einer Steigerung der Löhne führen. Bei den gewerblichen Arbeitnehmern erwartet der Vorstand im Jahr 2022 daher eine moderate Steigerung der Bruttolohnsummen.

Bei der Anzahl der Arbeitnehmer prognostiziert der Vorstand aufgrund des Fachkräftemangels wie im Jahr 2021 nur ein geringes Wachstum.

Bei der Prognose der Beitragseinnahmen der Zusatzversorgungskasse ist zusätzlich zu berücksichtigen, dass sich der Beitrag für gewerbliche Arbeitnehmer zum 1. Januar 2022

von 0,8 % auf 1,2 % erhöht. Ebenso wird sich bei den Angestellten die Anhebung des Beitrags von 11,00 € auf 20,00 € je Beschäftigungsmonat auswirken. Dieser Effekt wird zu einer erheblichen Steigerung der Beitragseinnahmen führen. Insgesamt wird ein Wachstum der Beitragseinnahmen von etwas über 50 % erwartet.

Das Ergebnis aus Kapitalanlagen wird im Jahr 2022 vornehmlich vom Verlauf der Entwicklung der Kapitalmärkte abhängen. Ein wesentlicher Faktor ist weiterhin der Verlauf der Ukraine-Krise. Nach dem Einmarsch Russlands Ende Februar 2022 haben die westlichen Nationen wie angekündigt wirtschaftliche Sanktionen in erheblichem Ausmaß verhängt. Eine weitere Verschärfung ist in Diskussion. Im Energiesektor, insbesondere bei Erdgas und Erdöl, erhöhen sich bereits die Preise. Dies verstärkt die bereits vorhandenen inflationären Tendenzen. Die Einschränkungen im internationalen Warenaustausch werden sich negativ auf die Weltkonjunktur auswirken.

Aufgrund der anziehenden Inflation wird erwartet, dass die Europäische Zentralbank ihre expansive Geldpolitik schrittweise zurücknehmen wird. Dies wird voraussichtlich zu einem Anstieg der Kapitalmarktzinsen führen. Dadurch ergeben sich verbesserte Möglichkeiten der Neuanlage. Gleichzeitig reduzieren sich aber die Marktwerte der festverzinslichen Wertpapiere im Bestand.

Auf den Aktienmärkten wird die weitere Entwicklung ebenfalls vom Verlauf des Kriegs in der Ukraine abhängen. Sofern keine Eskalation oder andere „externe Schocks“ eintreten, ist die vorherrschende Meinung von Wirtschaftsexperten und Finanzinstituten, dass sich die Aktienmärkte volatil, aber stabil entwickeln werden.

Im Hinblick auf die Struktur des Kapitalanlagebestandes verfolgt die Zusatzversorgungskasse weiterhin das strategische Ziel, die Anlagen zu diversifizieren. Endfällige festverzinsliche Wertpapiere werden teilweise über Fonds und Beteiligungen in risikoreichere Anlageklassen wie Aktien, Immobilien und Infrastruktur investiert, damit trotz des anhaltenden Niedrigzinsniveaus stabile Erträge aus Kapitalanlagen erzielt werden können.

Beim Kapitalanlagebestand ist ein Zuwachs zu erwarten, der über dem der Vorjahre liegt, da die Mittelzuflüsse durch Beiträge deutlich steigen werden. Diese Finanzmittel sowie die frei werdenden Beträge aus Endfälligkeiten in Höhe von 13.700 T€ sind neu zu investieren.

Der Vorstand geht daher davon aus, dass das Ergebnis aus den Kapitalanlagen leicht über dem Vorjahr liegen wird. Die relative Verzinsung des Bestandes wird voraussichtlich insbesondere aufgrund der Wiederanlagen zu geringeren Renditen weiter sinken.

Der Bestand der Beihilfeempfänger wird im Geschäftsjahr 2022 weiterhin anwachsen. Daher werden sich die Aufwendungen für Versicherungsfälle moderat erhöhen.

Bei den Verwaltungskosten ist eine Steigerung zu erwarten, da bei den Gehältern aufgrund von Lohnanpassungen und von steigenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen von einem Anstieg auszugehen ist.

Durch die beschriebenen Entwicklungen, besonders die höheren Beiträge und den niedrigeren Rechnungszins, ist für das Geschäftsjahr 2022 ein gegenüber dem Jahr 2021 deutlich gestiegener Rohüberschuss zu erwarten. Dieser soll für eine weitere Absenkung des Rechnungszinses verwendet werden. Verbleibende Überschüsse sollen für die Verstärkung der Verlustrücklage und die Dotierung der Rückstellung für Beitragsrückerstattung verwendet werden.

Die Risikosituation der Zusatzversorgungskasse ist im Jahr 2022 vor allem durch den Verlauf der Ukraine-Krise, die Entwicklung der Kapitalmärkte und der Corona-Pandemie bestimmt. Daher ergibt sich insgesamt keine wesentlich veränderte Risikolage.

Den Risiken, denen die Zusatzversorgungskasse im Rahmen ihres Geschäftsbetriebes ausgesetzt ist, wird in angemessener Weise begegnet. Das dazu eingesetzte Risikomanagement umfasst den gesamten Risikokontrollprozess in Form der periodischen Identifikation, Analyse, Bewertung, Steuerung und Überwachung der bestehenden Risiken. Zur Deckung von Risiken wird kalkulatorisches Risikokapital zur Verfügung gestellt, um die Risikotragfähigkeit im Falle der Realisierung von Risiken sicherzustellen.

Das Kapitalanlagerisiko wird dabei wesentlich von den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen zu den zulässigen Kapitalanlagearten sowie deren Mischung und Streuung begrenzt. Diese werden ergänzt durch die interne Kapitalanlagerichtlinie, die gegenüber den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen weitere Präzisierungen und Einschränkungen vorsieht.

Die Ausfallrisiken auf der Kapitalanlagenseite werden durch Investition in Kapitalanlagearten mit besonderer Besicherung, öffentlichen Anleihen, Pfandbriefen oder Wertpapieren beschränkt, die den deutschen Einlagensicherungssystemen unterliegen. Ungesicherte Wertpapiere können nur von Emittenten mit ausreichend hoher Bonität (Investment Grade) gekauft werden. Darüber hinaus gibt es aus der internen Kapitalanlagerichtlinie weitere Beschränkungen hinsichtlich des maximalen Volumens je Emittent. Investitionen in risikoreichere Anlagen werden nur über Fondslösungen umgesetzt, die entsprechende Streuung innerhalb der Anlagen beinhalten.

Das Zinsänderungsrisiko besteht in der nachhaltigen Reduzierung der Verzinsung des Kapitalanlagebestandes, die eine Erwirtschaftung des Rechnungszinses erschwert oder gefährdet. Diesem wird besonders durch eine breite Laufzeitenstreuung begegnet. Gleichzeitig verfolgt die Zusatzversorgungskasse das Ziel, den Rechnungszins weiter zu senken, um diesen an die veränderte Kapitalmarktlage anzupassen.

Aktienkursrisiken ergeben sich durch die gehaltenen Aktienfonds. Diese steigen mit Erhöhung der Investitionen in Aktien- sowie in Mischfonds, die ebenfalls zu einem signifikanten Anteil in Aktien investieren, an. Das daraus entstehende Risiko wird durch eine explizite Begrenzung der Anteile an der gesamten Kapitalanlage beschränkt. Darüber hinaus ist das Risiko von Kursschwankungen einzelner Titel durch den Erwerb von Fonds, die sich auf breit gestreute Indizes beziehen, reduziert. Die Wertentwicklung der Fonds wird laufend beobachtet.

Das versicherungstechnische Risiko besteht für die Zusatzversorgungskasse im Wesentlichen in der Veränderung der kalkulatorischen Grundlagen für die Ermittlung der versicherungstechnischen Verpflichtungen. Der Ver-

antwortliche Aktuar der Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG gleicht die tatsächlichen Gegebenheiten mit denen ab, die dem Technischen Geschäftsplan zugrunde liegen. Zum 31. Dezember 2021 konnten keine wesentlichen Veränderungen festgestellt werden.

Zufallsrisiken in Form hoher Anzahlen von Versicherungsfällen oder Ausfallsummen sind aufgrund der Struktur der Leistungen, besonders den niedrigen absoluten Beihilfehöhen, von untergeordneter Bedeutung.

Liquiditätsrisiken bestehen daher auch nur in unerheblichem Maße, da unvorhergesehene Zahlungen nur in geringen Höhen im Bereich der Leistungsaufwendungen auftreten könnten.

Die Verwaltungsaufwendungen sind ebenfalls wenig schwankend. Dem gegenüber stehen relativ gut planbare Zuflüsse an Zahlungsmitteln in Form von Beitragseinnahmen und Kapitalanlageerträgen. Die jederzeitige Zahlungsfähigkeit kann durch eine entsprechende Planung sichergestellt werden.

Den operationalen Risiken wird durch organisatorische Maßnahmen ausreichend Rechnung getragen.

Veränderungen der für den Geschäftsbetrieb der Zusatzversorgungskasse relevanten rechtlichen Rahmenbedingungen werden laufend beobachtet.

Die vorhandenen Rücklagen in Verbindung mit dem eingerichteten internen Kontroll- und Steuerungssystem rechtfertigen weiterhin die Übernahme kalkulierter Risiken.

## 2. Jahresbilanz zum 31. Dezember 2021 der Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG, Wiesbaden

Aktiva	31.12.2021			31.12.2020		
	in €	in €	in €	in €	in €	in €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände						
I. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		<u>4.014,00</u>			<u>10.473,00</u>	
			4.014,00			10.473,00
B. Kapitalanlagen						
I. Sonstige Kapitalanlagen						
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		38.017.773,82			27.498.316,22	
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		39.657.636,25			38.940.978,54	
3. Sonstige Ausleihungen						
a) Namensschuldverschreibungen	32.125.824,40			29.150.768,67		
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	<u>26.615.500,00</u>	58.741.324,40		<u>29.012.008,14</u>	58.162.776,81	
4. Einlagen bei Kreditinstituten		<u>500.000,00</u>			<u>500.000,00</u>	
			136.916.734,47			125.102.071,57
C. Forderungen						
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an: Mitglieds- und Trägerunternehmen		371.716,52			208.214,81	
II. Sonstige Forderungen		<u>1.821,92</u>			<u>30.759,81</u>	
			373.538,44			238.974,62
D. Sonstige Vermögensgegenstände						
I. Sachanlagen und Vorräte		28.750,00			2.419,00	
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		<u>2.818.833,41</u>			<u>5.884.547,79</u>	
			2.847.583,41			5.886.966,79
E. Rechnungsabgrenzungsposten						
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		1.442.884,67			1.575.611,43	
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		<u>17.733,77</u>			<u>1.623,07</u>	
			1.460.618,44			1.577.234,50
<b>Summe der Aktiva</b>			<b>141.602.488,76</b>			<b>132.815.720,48</b>

Ich bescheinige hiermit entsprechend § 128 Abs. 5 VAG, dass die im Sicherungsvermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Wiesbaden, 18. März 2022

Treuhänder: Ronald Battenhausen

Passiva	31.12.2021			31.12.2020		
	in €	in €	in €	in €	in €	in €
<b>A. Eigenkapital</b>						
I. Gewinnrücklagen						
Verlustrücklage gemäß § 193 VAG			5.659.788,23			4.493.229,15
<b>B. Versicherungstechnische Rückstellungen</b>						
I. Deckungsrückstellung	113.872.052,00			109.356.203,00		
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	115.000,00			352.000,00		
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	3.297.927,80			3.297.927,80		
IV. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	<u>3.702.857,61</u>			<u>3.702.857,61</u>		
			120.987.837,41			116.708.988,41
<b>C. Andere Rückstellungen</b>						
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.982.680,00			1.798.109,00		
II. Sonstige Rückstellungen	<u>11.428.914,44</u>			<u>9.765.335,40</u>		
			13.411.594,44			11.563.444,40
<b>D. Andere Verbindlichkeiten</b>						
I. Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungsnehmern	1.404,65			0,00		
II. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>1.541.864,03</u>			<u>50.058,52</u>		
			1.543.268,68			50.058,52
<b>Summe der Passiva</b>			<b>141.602.488,76</b>			<b>132.815.720,48</b>

Ich bestätige gemäß § 141 VAG, dass die Deckungsrückstellung zum Stichtag 31. Dezember 2021 nach dem zuletzt am 7. Dezember 2006 genehmigten Technischen Geschäftsplan (VA 51-VU 2242-2006/4) i. V. m. den Ergänzungen vom März 2010 (genehmigt am 19. April 2010: VA 11-I-5500-2242-2010/0002), vom März 2014 (genehmigt am 28. Mai 2014: VA 11-I 5500-2242-2014/0001), vom März 2015 (genehmigt am 13. April 2015: VA 16-I 5500-2242-2015/0001), vom März 2016 (genehmigt am 30. Mai 2016: VA 16-I 5500-2242-2016/0001), vom November 2016 (genehmigt am 14. Dezember 2016: VA 16-I 5500-2242-2016/0002), vom März 2017 (genehmigt am 11. April 2017: VA 16-I 5500-2242-2017/0001), vom Februar 2018 (genehmigt am 6. April 2018: VA 16-I 5500-2242-2018/0001), der Austauschseite vom 14. September 2018 zum Technischen Geschäftsplan vom März 2016 (genehmigt am 1. Oktober 2018: VA 16-I 5500-2242-2018/0002), vom März 2019 (genehmigt am 17. April 2019: VA 16-I 5500-2242-2019/0001), vom Februar 2020 und vom Juni 2020 (genehmigt am 17. Juli 2020: VA 16-I 5500-2242-2020/0002), der Ergänzung vom Februar 2021 (genehmigt am 29. März 2021: VA 16-I 5500-2242-2021/0001) sowie der Ergänzung vom Februar 2022 (genehmigt am 8. April 2022: VA 16-I 5500-2242-2022/0001) berechnet worden ist.

Ober-Olm, 8. April 2022

Verantwortlicher Aktuar: Johannes Nattermann

### 3. Gewinn- und Verlustrechnung der Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG, Wiesbaden, für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021

	2021		2020	
	in €	in €	in €	in €
<b>I. Versicherungstechnische Rechnung</b>				
1. Verdiente Beiträge				
Gebuchte Beiträge		5.390.625,89		5.322.537,47
2. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	3.325.001,45		3.300.037,31	
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	<u>261.858,89</u>		<u>193.501,59</u>	
		3.586.860,34		3.493.538,90
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge		475,34		0,00
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle	2.857.550,95		2.527.779,39	
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	<u>- 237.000,00</u>		<u>-225.000,00</u>	
		2.620.550,95		2.302.779,39
5. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen				
Deckungsrückstellung		4.515.849,00		5.732.288,00
6. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb				
Verwaltungsaufwendungen		196.756,73		193.973,12
7. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen	156.079,40		145.870,36	
b) Abschreibung auf Kapitalanlagen	<u>0,00</u>		<u>0,00</u>	
		156.079,40		145.870,36
8. Versicherungstechnisches Ergebnis		1.488.725,49		441.165,50

	2021		2020	
	in €	in €	in €	in €
<b>Übertrag</b>		1.488.725,49		441.165,50
<b>II. Nichtversicherungstechnische Rechnung</b>				
1. Sonstige Erträge	4.867,24		4.580,52	
2. Sonstige Aufwendungen davon aus der Aufzinsung 165.477,00 € (Vorjahr: 148.126,00 €)	<u>327.033,65</u>		<u>383.069,00</u>	
		322.166,41		378.488,48
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		1.166.559,08		62.677,02
<b>4. Jahresüberschuss</b>		<b>1.166.559,08</b>		<b>62.677,02</b>
5. Einstellungen in Gewinnrücklagen in die Verlustrücklage gemäß § 193 VAG		1.166.559,08		62.677,02
<b>6. Bilanzgewinn</b>		<b>0,00</b>		<b>0,00</b>



## 4. Anhang

### 1. Allgemeine Angaben

Die Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG mit Sitz in Wiesbaden untersteht der Aufsicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Bonn (Registernummer: 2242).

Der Jahresabschluss ist nach den Vorschriften der §§ 242 bis 256a, 264 bis 288 und 341 ff. HGB, den besonderen Vorschriften des VAG, der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) und der Satzung der Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG erstellt. Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sind nach den Formblattvorschriften für Versicherungsunternehmen gegliedert. Die Bilanzierung und Bewertung der Vermögens-, Schuld- und Rechnungsabgrenzungsposten erfolgte unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften sowie der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung.

### 2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** (Software) sowie die **Sachanlagen** (Betriebs- und Geschäftsausstattung) sind mit ihren Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen bilanziert. Für geringwertige Vermögensgegenstände wird § 6 Abs. 2a EStG analog angewandt. Die immateriellen Vermögensgegenstände (EDV-Programme) sind zu Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibung bilanziert.

**Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere** wurden dem Anlagevermögen zugeordnet. Es wurde das Wahlrecht nach § 341b Abs. 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 3 HGB in Anspruch genommen, sodass die Bewertung zum 31. Dezember 2021 zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des gemilderten Niederstwertprinzips erfolgte. Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert erfolgen bei nachhaltiger Bonitätsverschlechterung der Emittenten.

**Namensschuldverschreibungen** wurden gemäß § 341c Abs. 1 HGB zum Nennwert, **Schuldscheinforderungen und Darlehen** nach § 341c Abs. 3 HGB zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Werden Wertpapiere mit Agio erworben, wird das Agio dieser Wertpapiere über die Restlaufzeit gleichmäßig abgeschrieben.

Die Zeitwerte der Kapitalanlagen werden anhand der von den Verwahrstellen zum 31. Dezember ermittelten Rücknahmekurse ermittelt. Bei Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren entsprechen die Zeitwerte den Börsenkursen zum 31. Dezember 2021. Für die Zeitwerte der Investmentanteile wurde der Nettoinventarwert zum Bilanzstichtag angesetzt. Bei Sonstigen Ausleihungen, für die kein täglicher Rücknahmepreis feststellbar ist, wurden die Zeitwerte mittels fristenkongruenter Zinsstrukturkurven zum Bilanzstichtag unter Berücksichtigung der Bonität des Emittenten ermittelt.

**Laufende Guthaben sowie Einlagen bei Kreditinstituten, Forderungen und Rechnungsabgrenzungsposten** wurden zum Nennwert bewertet; dem Risiko des Forderungsausfalls wurde durch Wertberichtigungen Rechnung getragen. Der Zeitwert entspricht dem Nennwert.

Kapitalanlagen in Fremdwährung sowie Währungsumrechnungen wurden nicht getätigt.

Die **Deckungsrückstellung** wurde zum 31. Dezember 2021 gemäß § 336 in Verbindung mit § 233 Abs. 3 Satz 2 und Abs. 4 VAG nach dem am 7. Dezember 2006 genehmigten Technischen Geschäftsplan mit den Ergänzungen hierzu vom März 2010, März 2014, März 2015, März 2016, November 2016, März 2017, Februar 2018, der Austauschseite vom 14. September 2018, sowie den Ergänzungen vom März 2019, Februar 2020, Juni 2020, Februar 2021 sowie vom Februar 2022 berechnet. Der Berechnung liegt das versicherungsmathematische Gutachten des Aktuariats Johannes Nattermann, Ober-Olm, vom 30. März 2022 zugrunde. Die Änderung des Technischen Geschäftsplanes vom Februar 2022 wurde von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht am 8. April 2022 genehmigt.

Die Rechnungsgrundlagen sind modifizierte Richttafeln 1998 von Prof. Dr. Klaus Heubeck, Verlag: Heubeck-Richttafeln-GmbH, Köln, mit einem Rechnungszins von 1,144 %. Die Deckungsrückstellung beinhaltet auch die **Rückstellung für Eintrittsverluste**.

Die **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle** beinhaltet die per 31. Dezember 2021 noch nicht abgewickelten konkreten und ungewissen Versicherungsfälle, einschließlich Spätschäden, zuzüglich hierauf entfallender Regulierungsaufwendungen.

Der **Rückstellung für befristete Beihilfen und der Rückstellung für Beitragsrückerstattung** sind satzungsgemäß Überschüsse aus früheren Geschäftsjahren zugewiesen worden. Die Rückstellung für befristete Beihilfen sichert die Finanzierung des befristet zugesagten Teiles der Beihilfen. Die Rückstellung für Beitragsrückerstattung kann nach Beschluss der Mitgliederversammlung nach Erreichen einer angemessenen Höhe zur Erhöhung der Leistungen, zur Senkung der Beiträge oder – unter bestimmten Bedingungen – zur Erhöhung der Deckungsrückstellung z.B. im Zusammenhang mit einer Verringerung des Rechnungszinses verwendet werden.

Für die Berechnung der **Pensionsrückstellung** wurden die Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck, Verlag: Heubeck-Richttafeln-GmbH, Köln, berücksichtigt. Dabei wurde nach § 253 Abs. 2 Satz 2 in Verbindung mit Abs. 6 HGB der von der Deutschen Bundesbank ermittelte durchschnittliche Marktzins der letzten 10 Jahre für eine angenommene Restlaufzeit von 15 Jahren in Höhe von 1,87 % p.a. verwendet.

Für die Dynamik der anrechenbaren Bezüge wurden 2,0 % angenommen und für die Anpassung laufender Renten 1,0 %.

Als Bewertungsmethode wurde das Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method) verwendet.

Die in den **sonstigen Rückstellungen** enthaltene **Jubiläumsrückstellung** wurde auf Basis der zukünftigen, tarifvertraglich vereinbarten Jubiläumszuwendungen für alle Mitarbeiter der Zusatzversorgungskasse unter Ver-

wendung eines Abzinsungssatzes von 1,35 % p.a. berechnet.

Die ebenfalls den sonstigen Rückstellungen zuzurechnende Rückstellung für satzungsgemäßen Beitragsausgleich, die Rückstellung für Arbeitnehmer aus dem Bundesland Berlin für etwaige Ansprüche aus Beitragsdifferenzen, die zurückgestellten Kosten für den Aktuar, die Abschlussprüferkosten sowie die Berufsgenossenschaftsbeiträge wurden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags gebildet. Die Restlaufzeit beträgt weniger als ein Jahr.

**Verbindlichkeiten** wurden mit den Erfüllungsbeträgen angesetzt. Die Restlaufzeit beträgt weniger als ein Jahr. Es liegt keine Besicherung durch Pfandrechte oder vergleichbare Rechte vor.

### 3. Angaben zur Bilanz

#### 3.1 Entwicklung der Aktivposten A und B im Geschäftsjahr 2021

Die immateriellen Vermögensgegenstände sowie die Kapitalanlagen entwickelten sich im Geschäftsjahr 2021 wie in der nachfolgenden Tabelle dargestellt:

##### Aktivposten

	Bilanzwert 31.12.2020 T€	Zu- gänge T€	Um- buchung T€	Ab- gänge T€	Abschrei- bungen T€	Bilanzwert 31.12.2021 T€
<b>A. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>						
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	10	0	0	0	6	4
2. Summe	10	0	0	0	6	4
<b>B. Kapitalanlagen</b>						
<b>I. Sonstige Kapitalanlagen</b>						
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	27.498	16.475	0	5.956	0	38.018
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	38.941	4.648	0	3.931	0	39.658
3. Sonstige Ausleihungen						
a) Namensschuldverschreibungen	29.151	5.000	0	2.025	0	32.126
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	29.012	4.123	0	6.519	0	26.616
4. Einlagen bei Kreditinstituten	500	0	0	0	0	500
5. Summe	125.102	30.246	0	18.431	0	136.917
<b>Gesamt</b>	<b>125.113</b>	<b>30.246</b>	<b>0</b>	<b>18.431</b>	<b>6</b>	<b>136.921</b>

### 3.2 Zeitwert der Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen erhalten im Vorjahresvergleich folgende stille Reserven und stille Lasten:

#### a) Zum 31. Dezember 2021

	Buchwert in €	Zeitwert in €	Stille Reserven in €	Stille Lasten in €
Investmentanteile <sup>1</sup>	38.017.773,82	40.770.645,69	2.907.610,28	-154.738,41
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere <sup>2</sup>	39.657.636,25	42.737.340,10	3.116.875,56	-37.171,71
Namenschuldverschreibungen <sup>3</sup>	32.125.824,40	33.947.470,00	1.900.480,00	-78.834,40
Schuldscheindarlehen <sup>3</sup>	26.615.500,00	27.913.860,00	1.346.210,00	-47.850,00
<b>Gesamt</b>	<b>136.416.734,47</b>	<b>145.369.315,79</b>	<b>9.271.175,84</b>	<b>-318.594,52</b>

#### b) Zum 31. Dezember 2020

	Buchwert in €	Zeitwert in €	Stille Reserven in €	Stille Lasten in €
Investmentanteile <sup>1</sup>	27.498.316,22	28.292.430,09	981.446,00	-187.332,13
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere <sup>2</sup>	38.940.978,54	43.174.875,70	4.243.265,31	-9.368,15
Namenschuldverschreibungen <sup>3</sup>	29.150.768,67	32.472.600,00	3.386.800,00	-64.968,67
Schuldscheindarlehen <sup>3</sup>	29.012.008,14	31.205.115,00	2.206.606,86	-13.500,00
<b>Gesamt</b>	<b>124.602.071,57</b>	<b>135.145.020,79</b>	<b>10.818.118,17</b>	<b>-275.168,95</b>

<sup>1</sup> Als Zeitwert der Investmentanteile wurde der Nettoinventarwert (NAV) zum Stichtag angesetzt.

<sup>2</sup> Der Zeitwert der Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren wurde anhand der Börsenkurswerte zum Bilanzstichtag ermittelt.

<sup>3</sup> Die Zeitwerte der sonstigen Ausleihungen zum Bilanzstichtag wurden mittels Zinsstrukturkurven unter Berücksichtigung der Bonität des Emittenten als Barwert ermittelt.

Der Buchwert der Investmentanteile mit stillen Reserven liegt bei 28.026.855,65 €, der Zeitwert liegt bei 30.934.465,93 €. Es handelt sich dabei um im Bestand befindliche Aktien-, Renten- und Mischfonds sowie Anteile an Spezialfonds im Bereich Immobilien, Infrastruktur und Unternehmenskrediten. Der überwiegende Anteil der stillen Reserven entfällt dabei auf den Bestand an Aktienfonds. Investmentanteile mit stillen Lasten haben einen Buchwert von 9.990.918,17 € und einen Zeitwert von 9.836.179,79 €. Dabei handelt es sich um zwei Rentenfonds aus dem Bereich High Yield und Emerging Markets mit stillen Lasten in Höhe von 63.100,00 €. Zudem ergaben sich bei einer Infrastruktur- und einer Immobilienbeteiligung aus einer Neubewertung stille Lasten in Höhe von 91.638,38 €.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere mit einem Buchwert von 35.908.980,54 € haben stille Reserven in Höhe von 3.116.875,56 €. Inhaberpapiere mit einem Buchwert von 3.748.655,71 € tragen stille Lasten in Höhe von 37.171,71 €, die im Wesentlichen auf Marktziinsänderungen gegenüber dem Anschaffungszeitpunkt zurückzuführen sind.

Namenschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen mit stillen Reserven haben einen Buchwert von 51.566.900,00 €. Die stillen Reserven dieser Wertpapiere betragen 3.246.690,00 €. Der gesunkene Marktwert wird durch gestiegene Marktzinsen verursacht. Namenspapiere mit einem Buchwert von 7.174.424,40 € tragen stille Lasten in Höhe von 126.684,40 €. Diese sind sowohl auf Marktziinsänderungen als auch auf Liquiditätsabschläge zurückzuführen, die von den depotführenden Banken bei der Zeitwertermittlung angesetzt werden.

Insgesamt liegt bei den festverzinslichen Wertpapieren mit stillen Lasten keine erhebliche Bonitätsverschlechterung der Emittenten vor, die zu einer dauernden Wertminderung führt. Es gibt keine Anzeichen einer Gefährdung der Rückzahlung des Nennbetrages zum jeweiligen Laufzeitende. Abschreibungen waren bei den festverzinslichen Wertpapieren insoweit nicht angezeigt.

### **3.3 Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Mitglieds- und Trägerunternehmen**

Beim Betrag von 371.716,52 € handelt es sich um Beitragsforderungen aufgrund von Brutto-lohnsummen- und Beitragsmeldungen der Betriebe.

### **3.4 Sonstige Vermögensgegenstände**

Die Sonstigen Vermögensgegenstände enthalten Laufende Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 2.818.315,14 €, den Kassenbestand in Höhe von 518,27 € sowie Sachanlagen in Höhe von 28.750,00 €.

Die Sachanlagen haben sich wie folgt entwickelt:

a) Anlagegitter

Anlageklasse	Buchwert 31.12.2021 in €	Buchwert 31.12.2020 in €
Sachanlagen	0,00	0,00
Betriebs- und Geschäftsausstattung	8.020,00	1.964,00
Geringwertige Wirtschaftsgüter	20.730,00	455,00
<b>Gesamt</b>	<b>28.750,00</b>	<b>2.419,00</b>

b) Anschaffungs- und Herstellungskosten

Anlagekategorie	Anfangsbestand 01.01.2021 in €	Zugänge in €	Abgänge in €	Umbuchungen in €	Endbestand 31.12.2021 in €
Sachanlagen	40.049,00	0,00	0,00	0,00	40.049,00
Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.234,92	8.741,75	1.443,00	0,00	11.533,67
Geringwertige Wirtschaftsgüter	4.833,20	25.981,50	0,00	0,00	30.814,70
<b>Gesamt</b>	<b>49.117,12</b>	<b>34.723,25</b>	<b>1.443,00</b>	<b>0,00</b>	<b>82.397,37</b>

c) Kumulierte Abschreibungen

Anlagekategorie	Kumulierte Abschreibungen zum 01.01.2021 in €	Davon auf Zugänge in €	Davon auf Abgänge in €	Davon auf Bestand in €	Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2021 in €
Sachanlagen	40.049,00	0,00	0,00	0,00	40.049,00
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.270,92	920,75	0,00	322,00	3.513,67
Geringwertige Wirtschaftsgüter	4.378,20	5.251,50	0,00	455,00	10.084,70
<b>Gesamt</b>	<b>46.698,12</b>	<b>6.172,25</b>	<b>0,00</b>	<b>777,00</b>	<b>53.647,37</b>

### 3.5 Rechnungsabgrenzungsposten

	Bilanzwert 31.12.2021 in €	Bilanzwert 31.12.2020 in €
Abgegrenzte Zinsen und Mieten	1.442.884,67	1.575.611,43
Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	17.733,77	1.623,07
<b>Gesamt</b>	<b>1.460.618,44</b>	<b>1.577.234,50</b>

Abgegrenzte Zinsen und Mieten sind anteilige Zinserträge aus den Kapitalanlagen, die zum Bilanzstichtag noch nicht fällig waren.

### 3.6 Eigenkapital

Das Eigenkapital besteht aus der satzungsgemäßen Verlustrücklage gemäß § 193 VAG.

	Verlustrücklage gemäß § 193 VAG in €
Bestand 31.12.2020	4.493.229,15
- Zuführung aus Jahresüberschuss 2021	1.166.559,08
<b>Bestand 31.12.2021</b>	<b>5.659.788,23</b>

Die Verlustrücklage gemäß § 193 VAG beträgt 4,97 % (im Vorjahr 4,11 %) der Deckungsrückstellung in Höhe von 113.872.052,00 €.

### 3.7 Versicherungstechnische Rückstellungen

Es wurden keine Versicherungsgeschäfte in Rückdeckung gegeben.

	Deckungs- rückstellung <sup>1</sup>	Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungs- fälle <sup>2</sup>	Rückstellung für erfolgs- abhängige und erfolgs- unabhängige Beitragsrück- erstattung <sup>3</sup>	Sonstige versicherungs- technische Rückstellung = Rückstellung für befristet zugesagte Beihilfen <sup>4</sup>
	in €	in €	in €	in €
Rückstellungen 31.12.2020	109.356.203,00	352.000,00	3.297.927,80	3.702.857,61
Abzüglich Verbrauch (Verminderung) im GJ	0,00	352.000,00	0,00	0,00
Abzüglich Auflösung	0,00	0,00	0,00	0,00
Zwischensumme	109.356.203,00	0,00	3.297.927,80	3.702.857,61
Zuführungen (Erhöhungen) im GJ	4.515.849,00	115.000,00	0,00	0,00
<b>Rückstellungen 31.12.2021</b>	<b>113.872.052,00</b>	<b>115.000,00</b>	<b>3.297.927,80</b>	<b>3.702.857,61</b>

1 Die Deckungsrückstellung enthält die Rückstellung für Eintrittsverluste in Höhe von 402.519,00 € (im Vorjahr 6.158.592,00 €).

2 Davon Rückstellung für Schadenregulierungskosten in Höhe von 12.500,00 € (im Vorjahr 12.500,00 €).

3 Sobald die Rückstellung einen Betrag erreicht hat, der eine angemessene Erhöhung oder Ergänzung der Beihilfe oder eine Ermäßigung der Beiträge rechtfertigen würde, hat die Mitgliederversammlung der Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG auf Vorschlag des Vorstandes, nach Anhörung des Sachverständigen, über Zeitpunkt und Art der Verwendung zu entscheiden. Der Beschluss bedarf der Unbedenklichkeitserklärung der Aufsichtsbehörde.

4 Die Rückstellung für befristet zugesagte Beihilfen deckt den Teil der Leistungen, der laut den Allgemeinen Versicherungsbedingungen bis zum 31. Dezember 2022 zugesagt ist.

### 3.8 Andere Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten

#### 3.8.1 Pensionsrückstellung

	Bilanzwert 31.12.2021 in € <sup>1</sup>	Bilanzwert 31.12.2020 in €
Pensionsrückstellung	1.982.680,00	1.798.109,00

<sup>1</sup> Als Abzinsungssatz wurde der von der Deutschen Bundesbank ermittelte durchschnittliche Marktzins der letzten 10 Jahre für eine angenommene Restlaufzeit von 15 Jahren in Höhe von 1,87 % p.a. verwendet. Bei einer Berechnung mit dem durchschnittlichen Marktzins der letzten sieben Jahre in Höhe von 1,35 % würde die Pensionsrückstellung zum 31. Dezember 2021 2.151.646,00 € betragen. Der Unterschiedsbetrag von 168.966,00 € unterliegt einer Ausschüttungssperre.



### 3.8.2 Sonstige Rückstellungen

	Bilanzwert 31.12.2020 in €	Verbrauch in €	Auflösung / Mehrver- brauch in €	Zuführung in €	Bilanzwert 31.12.2021 in €
Rückstellung für satzungsgemäßen Beitragsausgleich	9.333.175,31	0,00	349.080,22	2.012.517,15	10.996.612,24
Rückstellung Arbeitnehmer Berlin	362.134,87	0,00	0,00	0,00	362.134,87
Versicherungsmathematische Gutachten	45.000,00	45.000,00	0,00	45.000,00	45.000,00
Jahresabschlussprüferkosten	23.000,00	20.741,22	2.258,78	23.000,00	23.000,00
Jubiläumsrückstellungen	1.419,22	0,00	0,00	45,86	1.465,08
Archivierungsrückstellungen	106,00	0,00	0,00	96,25	202,25
Berufsgenossenschaftsbeiträge	500,00	0,00	500,00	500,00	500,00
<b>Gesamt</b>	<b>9.765.335,40</b>	<b>65.741,22</b>	<b>351.839,00</b>	<b>2.081.159,26</b>	<b>11.428.914,44</b>

Die Rückstellung für den Beitragsausgleich sowie die Rückstellung für Arbeitnehmer aus Berlin enthalten die Differenz zwischen dem von den Betrieben gezahlten und den in der Satzung der Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG festgelegten versicherungstechnischen Beitrag.

### 3.8.3 Verbindlichkeiten

	Bilanzwert 31.12.2021 in €	Bilanzwert 31.12.2020 in €
Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern	1.404,65	0,00
Sonstige Verbindlichkeiten	1.541.864,03	50.058,52
Davon Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	1.543.268,68	50.058,52

Bei den Sonstigen Verbindlichkeiten handelt es sich um offene Rechnungen (37.626,44 €), fällige Bankgebühren (4.060,29 €) und Verbindlichkeiten gegenüber der Sozialkasse des Gerüstbaugewerbes, Wiesbaden, (1.500.177,30 €). Diese sind auf einen temporären Liquiditätsausgleich zurückzuführen.



## 4. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

### 4.1 Verdiente Beiträge

Bei den vereinnahmten Beiträgen handelt es sich um laufende Beiträge aus Einzelversicherungen in Höhe von 0,8 % der Brutto Lohnsummen von gewerblichen Arbeitnehmern und von 11,00 € für jeden kaufmännischen sowie technischen Angestellten. Diese Beiträge werden gemäß Dienstleistungsvertrag von der Sozialkasse des Gerüstbaugewerbes, Wiesbaden, eingezogen und an die Zusatzversorgungskasse weitergeleitet.

	2021 in €	2020 in €
Laufende Beiträge	5.390.625,89	5.322.537,47

### 4.2 Erträge aus Kapitalanlagen

Die Erträge aus Kapitalanlagen haben sich gegenüber dem Vorjahr um 93.321,44 € auf 3.586.860,34 € erhöht.

	2021 in €	2020 in €
Investmentanteile	729.902,52	552.131,58
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	912.926,89	1.019.684,29
Namenschuldverschreibungen	784.842,33	776.530,19
Schuldscheindarlehen	879.279,99	933.490,69
Termingelder	18.049,72	18.200,56
Gewinn aus dem Abgang von Kapitalanlagen	261.858,89	193.501,59
<b>Erträge aus Kapitalanlagen</b>	<b>3.586.860,34</b>	<b>3.493.538,90</b>

### **4.3 Aufwendungen für Versicherungsfälle**

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle sind um 317.771,56 € auf 2.620.550,95 € gestiegen. Die Erhöhung resultiert im Wesentlichen daraus, dass die Aufwendungen für Leistungsfälle der Vorjahre höher war als die dafür gebildete Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle. Dies hat den laufenden Aufwand des Geschäftsjahres belastet. Ursache waren die hohen Nachzahlungen aus der „Anschreibeaktion“ an Versicherte im Rentenalter, die noch keinen Antrag auf eine Rentenbeihilfe gestellt haben.

### **4.4 Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen**

Der Deckungsrückstellung wurde auf Basis der Berechnungen des Verantwortlichen Aktuars der Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG 15.304.490,00 € zugeführt. In diesem Betrag enthalten sind die Zuführung aus dem laufenden Geschäftsjahr in Höhe von 3.945.742,89 €, die Mittel aus der Rückstellung für satzungsgemäßen Beitragsausgleich in Höhe von 10.996.612,24 € und der Rückstellung für Arbeitnehmer aus Berlin in Höhe von 362.134,87 €.

### **4.5 Aufwendungen für die Prüfung des Jahresabschlusses**

Für die Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2021 wurde eine Rückstellung von 23.000,00 € gebildet. Diese betrifft ausschließlich das Honorar für die Abschlussprüfungsleistungen.

#### 4.6 Personalaufwendungen

	2021 in €	2020 in €
Löhne und Gehälter	314.033,52	288.078,59
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	119.870,85	115.785,22
Aufwendungen für Altersversorgung	824,64	3.972,12
<b>Aufwendungen insgesamt</b>	<b>434.729,01</b>	<b>407.835,93</b>



## 5. Anzahl der Beschäftigten

Während des Geschäftsjahres 2021 waren im Durchschnitt unverändert zwei Vorstandsmitglieder sowie vier Beschäftigte angestellt, darunter eine Vollzeitkraft und drei Teilzeitkräfte mit einer zusammengerechneten Mitarbeiterkapazität von 2,9 Vollzeitkräften (Vorjahr 2,8).

## 6. Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Es liegen zum Bilanzstichtag keine im Jahresabschluss angabepflichtigen Haftungsverhältnisse im Sinne des § 251 HGB vor.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen bestehen aus den Dienst- und Arbeitsverträgen sowie dem bis zum 31. Dezember 2030 laufenden Mietvertrag für die Geschäftsräume der Zusatzversorgungskasse in 65189 Wiesbaden, Wittelsbacher Straße 20-26/Welfenstraße 4-4d, aus dem eine Mietverpflichtung in Höhe von 502.722,72 € besteht.

Darüber hinaus bestehen Verpflichtungen aus der Zeichnung von vier Immobilienfonds, für die Kapitalzusagen von 14.000.000,00 € getroffen wurden. Zum 31. Dezember 2021 wurden 12.765.043,00 € bereits abgerufen, sodass noch eine Verpflichtung von 1.234.957,00 € besteht. Für Beteiligungen an zwei Infrastrukturinvestments wurden 11.900.913,00 € zugesagt, von denen bereits 6.105.044,00 € abgerufen wurden. Aus den noch nicht abgerufenen, zugesagten Beträgen bestehen noch Verpflichtungen in Höhe von 5.795.869,00 €. Für Kreditfonds bestehen Zusagen in Höhe von 6.000.000,00 €, davon wurden 2.425.215,00 € abgerufen, sodass eine Verpflichtung in Höhe von 3.574.785,00 € besteht. Für einen Fonds, der Fremdkapital an Infrastrukturprojekte vergibt, liegt eine Zusage von 3.000.000,00 € vor. Von dieser wurden 708.085,00 € in Anspruch genommen, sodass eine offene Zahlungsverpflichtung von 2.291.915,00 € verbleibt.

Das Gesamtvolumen der genannten Verpflichtungen beträgt 13.400.248,72 €.

## 7. Erklärung des Vorstandes über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Die Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG, Wiesbaden, ist mit keinem anderen Unternehmen verbunden.

## 8. Vorschlag Ergebnisverwendung

Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2021 in Höhe von 1.167 T€ wurde der Verlustrücklage gemäß § 193 VAG zugeführt. Ein Bilanzgewinn wurde nicht erzielt.

## 9. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Geschäftsjahresende

Aus dem Krieg in der Ukraine und aus dem weiteren Verlauf der Corona-Pandemie können sich, wie im Prognose-, Chancen- und Risikobericht dargestellt, Auswirkungen für den Geschäftsverlauf ergeben. Ansonsten haben sich wesentliche Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nach dem Bilanzstichtag bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses nicht ereignet.



## 5. Organe

### 5.1 Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung besteht aus je acht Delegierten der Mitglieder.



**Stefano Battaglia**  
Rimbach

**Christopher Busch** (ab 10.05.2021)  
Hamburg

**Jan Brucker** (ab 10.05.2021)  
Stuttgart

**Leif Ebsen**  
Schacht-Audorf

**Stefan Grund**  
Erfurt

**Jürgen Löhr**  
Ochtendung

**Robert Meyer**  
Berlin

**Oliver Ristok** (bis 10.05.2021)  
Gräfenhainichen

**Reinhard Sax** (bis 10.05.2021)  
Eching

**Peter Scheer** (bis 10.05.2021)  
Plauen

**Sina Scheffler** (ab 10.05.2021)  
Werder OT Plötzin



**Wilfried Eichhorn** (bis 23.04.2021)  
Frankfurt am Main

**Marc Elkan**  
Hamburg

**Ottavio Greco**  
Waiblingen

**Nelli Hettich**  
Frankfurt am Main

**Thomas Kurtze**  
Frankfurt am Main

**Giuseppe La Bella**  
Bobenheim-Roxheim

**Jörg Sommer**  
Gelsenkirchen

**Dieter Wasilewski** (ab 23.04.2021)  
Frankfurt

**Paul Zipp**  
Dortmund

## 5.2 Aufsichtsrat

Dem Aufsichtsrat gehören an:



**Frank Dostmann**  
Vorsitzender (ab 01.06.2021)  
Stv. Vorsitzender (bis 01.06.2021)  
Geschäftsführer der Gerüstbau Dostmann GmbH, Mannheim  
Vizepräsident Wirtschaft und Recht des Bundesverbandes Gerüstbau e.V. und Stv. Bundesinnungsmeister Wirtschaft, Recht und Ausbildung der Bundesinnung für das Gerüstbauer-Handwerk K.d.ö.R., Köln

**Dipl.-Ing. Holger Budroweit**  
Geschäftsführer der Nietiedt Gerüstbau GmbH, Wilhelmshaven  
Vizepräsident Technik des Bundesverbandes Gerüstbau e.V. und Stv. Bundesinnungsmeister Technik der Bundesinnung für das Gerüstbauer-Handwerk K.d.ö.R., Köln

**RA'in Sabrina Luther**  
Geschäftsführerin des Bundesverbandes Gerüstbau e.V. und der Bundesinnung für das Gerüstbauer-Handwerk K.d.ö.R., Köln

**Dipl.-Betriebsw. (FH)  
Marcus Nachbauer**  
Geschäftsführer der Eugen Nachbauer Gerüstbau GmbH & Co. KG, Ludwigshafen  
Präsident des Bundesverbandes Gerüstbau e.V. und Bundesinnungsmeister der Bundesinnung für das Gerüstbauer-Handwerk K.d.ö.R., Köln



**Carsten Burckhardt**  
Stv. Vorsitzender (ab 01.06.2021)  
Vorsitzender (bis 01.06.2021)  
Mitglied des Bundesvorstandes der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, Frankfurt am Main

**RA Antonius Allgaier**  
Leiter der Hauptabteilung I der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, Frankfurt am Main

**Mehmet Korkmaz**  
Betriebsratsvorsitzender der Region Rheinland der XERVON GmbH  
Vorsitzender der Bundesfachgruppe Gerüstbau der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, Frankfurt am Main

**Bodo Matthey**  
Regionalleiter Westfalen der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, Dortmund

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Aufsichtsrates betragen im Berichtsjahr 19.200,00 €.

### 5.3 Vorstand

Der Vorstand besteht aus:

**Rainer Blackert**

Vorstandsmitglied  
Wiesbaden

Buchhaltung/Bilanzierung, Versicherungstechnik, Kontakt zum Verantwortlichen Aktuar, Kapitalanlagemanagement, Meldewesen BaFin, Abwicklung mit dem Treuhänder, Vertragsgestaltung mit den Banken sowie Zahlungsverkehr

**Dr. Stefan Häusele**

Vorstandsmitglied  
Wiesbaden

Beitragseinzug, Beihilfe/Leistung, Risikomanagement, allgemeine Verwaltung

Unter die gemeinsame Verantwortlichkeit der Vorstandsmitglieder fallen Kapitalanlageentscheidungen sowie Personal- und EDV-Angelegenheiten.

Unter Berufung auf § 286 Abs. 4 HGB wird auf die Angabe der Vorstandsbezüge verzichtet.

#### **5.4 Treuhänder**

Als Treuhänder sind bestellt:

**Ronald Battenhausen**

Treuhänder  
Hanau

**Norbert Ewald**

Stv. Treuhänder  
Bad Vilbel

#### **5.5 Aktuar**

Zum Aktuar ist bestellt:

**Dipl.-Math. Johannes Nattermann**

Verantwortlicher Aktuar  
Ober-Olm



## **6. Erklärung des Vorstandes**

Der Jahresabschluss 2021, bestehend aus

- Jahresbilanz,
- Gewinn- und Verlustrechnung,
- Anhang

und der

- Lagebericht 2021

wurden vom Vorstand aufgestellt.

Wiesbaden, den 28. April 2022

Rainer Blackert      Dr. Stefan Häusele

- Der Vorstand -  
Zusatzversorgungskasse des  
Gerüstbaugewerbes VVaG

## 7. Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG, Wiesbaden

### Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG, Wiesbaden, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2021 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2021 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

### Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der

vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

### Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen den Geschäftsbericht – ohne weitergehende Querverweise auf externe Informationen –, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses, des geprüften Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

## **Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht**

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

## **Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts**

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere

Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den

Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Frankfurt am Main, den 2. Mai 2022

PricewaterhouseCoopers GmbH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Christian Sack  
Wirtschaftsprüfer

ppa.  
Sandro Trischmann  
Wirtschaftsprüfer

## 8. Bericht des Aufsichtsrates

**Bericht des Aufsichtsrates der Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG, Welfenstraße 4, 65189 Wiesbaden, an die Mitgliederversammlung der Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG am 14. Juni 2022 gem. § 172 Satz 2 Aktiengesetz über den Jahresabschluss 2021**

Der Aufsichtsrat wurde während des Geschäftsjahres 2021 durch den Vorstand in mündlichen und schriftlichen Berichten über die wesentlichen Geschäftsvorgänge in der Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG umfassend informiert.

Die Buchführung, der Jahresabschluss und der Lagebericht 2021 wurden von der PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Aufsichtsrat hat das Prüfungsergebnis zustimmend zur Kenntnis genommen.

Gegen den Jahresabschluss und den Lagebericht zum 31. Dezember 2021 erhebt der Aufsichtsrat keine Einwendungen. Er billigt den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss und empfiehlt der Mitgliederversammlung, den Jahresabschluss und den Lagebericht 2021 zu genehmigen.

Wiesbaden, den 24. Mai 2022

Frank Dostmann  
Vorsitzender  
des Aufsichtsrates  
der Zusatzversorgungskasse des  
Gerüstbaugewerbes VVaG

Carsten Burckhardt  
Stv. Vorsitzender  
des Aufsichtsrates  
der Zusatzversorgungskasse des  
Gerüstbaugewerbes VVaG

RA Antonius Allgaier  
Mitglied des Aufsichtsrates  
der Zusatzversorgungskasse des  
Gerüstbaugewerbes VVaG

Sven Bönnemann  
Mitglied des Aufsichtsrates  
der Zusatzversorgungskasse des  
Gerüstbaugewerbes VVaG

Dipl.-Ing. Holger Budroweit  
Mitglied des Aufsichtsrates  
der Zusatzversorgungskasse des  
Gerüstbaugewerbes VVaG

Mehmet Korkmaz  
Mitglied des Aufsichtsrates  
der Zusatzversorgungskasse des  
Gerüstbaugewerbes VVaG

RA'in Sabrina Luther  
Mitglied des Aufsichtsrates  
der Zusatzversorgungskasse des  
Gerüstbaugewerbes VVaG

Dipl.-Betriebsw. (FH)  
Marcus Nachbauer  
Mitglied des Aufsichtsrates  
der Zusatzversorgungskasse des  
Gerüstbaugewerbes VVaG



Das Bildmaterial entstand im Rahmen des Bundesleistungswettbewerbs des deutschen Handwerks (PLW) im Gerüstbauer-Handwerk, der am 11. November 2021 im Bildungszentrum Hansemann der Handwerkskammer Dortmund durchgeführt wurde. Die Landessieger haben ihr Können in mehreren „Disziplinen“ unter Beweis gestellt:

1. Bau eines Stahlrohr-Kupplungs-Gerüsts anhand einer technischen Zeichnung
2. Nivellement dreier Messpunkte
3. Fehlersuche an einem nach der Regelausführung erstellten Arbeits- und Schutzgerüst, Dokumentation der Fehler und der Vorgehensweise für die Fehlerbehebung
4. Bau einer Eckausbildung eines System-Rahmengerüsts mit einer Verbreiterung aus Stahlrohr-Kupplungs-Material

Wir danken der Handwerkskammer Dortmund für die Bereitstellung der Fotos.

Sozialkasse des Gerüstbaugewerbes  
Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG  
Welfenstraße 4  
65189 Wiesbaden

Telefon: 0611 7339-0  
Telefax: 0611 7339-100  
E-Mail: [info@sokageruest.de](mailto:info@sokageruest.de)  
Website: [www.sokageruest.de](http://www.sokageruest.de)